|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| NationalratConseil nationalConsiglio nazionaleCussegl naziunal |  |  |
|  |  |  |
| PD-LOGO | WINKEL |  |
| Die PräsidentinCH-3003 Bern  |
| 50. Generalversammlung der Regio Basilensis**27. Mai 2013** |
|  | 27. Mai 2013 | *Es gilt das gesprochene Wort* |

„Die Schweizer Europapolitik und die Rolle des Parlaments“

**Rede von Nationalratspräsidentin Maya Graf**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mesdames et Messieurs

Ist von der Schweizer Europapolitik die Rede, so ist allgemein hin die Europapolitik des Bundesrates gemeint. Dabei wird Europapolitik von vielen Akteurinnen und Akteuren in diversen Netzwerken betrieben. Europapolitik ist eben nicht nur EU-Politik, sie findet auf unterschiedlichen Ebenen, in unterschiedlichen Bereichen und in unterschiedlicher Zusammensetzung statt. Wer kann das nicht besser wissen als Sie?! Seit Jahren arbeitet die Regio Basilensis über die Grenzen mit Deutschland und Frankreich hinweg. Und das konsequent und erfolgreich. Sie können heute ihre 50. Generalversammlung feiern. Ich möchte Ihnen allen zu diesem Jubiläum herzlich gratulieren und mich auch im Namen der Bundesversammlung für Ihr langjähriges Engagement von Herzen bedanken.

Kantone und Regionen mit einem aktiven Engagement in den ihnen offen stehenden Gremien schaffen Verständnis und Goodwill für die Schweiz und deren komplexe politischen Abläufe. Das ist von grossem Wert. Denn starke Regionen sind im europäischen Rahmen wichtige Akteure in der Gestaltung der Politik und unseres Zusammenlebens. Und angesichts des sich schnell verändernden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Umfeldes sind Synergien und Kooperationen mit den angrenzenden Ländern zweifellos ein Muss.

Viele Schweizer Kantone und Regionen sind inzwischen in irgend einer Form in einem grenzüberschreitenden europäischen Gremien eingebunden: In der Versammlung der Regionen Europas zum Beispiel, in der sich 270 Regionen aus 34 Länder mit aktuellen Geschäften der EU und des Europarates befasst. Oder in der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen, in der Internationalen Bodenseekonferenz, in der Conférence Transjurassienne, in der die Kantone Neuenburg, Waadt und Jura mitarbeiten oder auch in der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer. Der Liste liessen sich noch viele weitere Gremien und Interessensgemeinschaften hinzufügen. Und obschon die Netzwerke in den Grenzregionen schon ziemlich engmaschig sind, so sind sie einer breiten Schweizer Öffentlichkeit kein oder kaum ein Begriff – das trifft vor allem für die „Binnenkantone“ zu. Mein Aufruf an Sie: Seien Sie nicht nur Akteurinnen/Akteure über die Landesgrenzen hinweg, seien Sie auch Botschafterinnen und Botschafter im eigenen Land. Erzählen Sie von Ihren Aktivitäten, ihrer Arbeit, Ihren Erfolgen – und auch Misserfolgen. Lobbieren Sie. Ihre Erfahrungen und ihr Know-How trägt mit dazu bei, Bedenken abzubauen und Europa als das wahrzunehmen, was es ist: Ein einzigartiger, vielfältiger Kontinent, der bei weitem nicht nur aus den Buchstaben E und U besteht und in deren Mitte das Herz schlägt, wo wir hier alle zuhause sind.

Meine Damen und Herren

Ich bin froh, dass sich zunehmend auch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Bern der Wichtigkeit von grenzüberschreitenden Netzwerken bewusst sind und sich aktiv in den verschiedenen Gremien engagieren. Denn die Globalisierung und die internationale Vernetzung beeinflusst zunehmend die Innenpolitik: fast alle Politikbereiche sind „internationalisiert“ oder „europäisiert“. Überall gibt es Querbezüge. Alleingänge sind schier unmöglich geworden: Denken Sie nur an die Klima- und Energiepolitik oder an die Finanzpolitik. Die internationale Zusammenarbeit auf Regierungsebene nimmt daher kontinuierlich zu. Deshalb müssen auch die Parlamente in der Aussenpolitik am Ball bleiben und enger zusammenarbeiten. Vor zehn Jahren wurde in dieser Hinsicht bei uns ein Schritt gemacht, indem fünf neue Delegationen geschaffen wurden, die den Kontakt zu Ratskolleginnen und -kollegen in den Nachbarstaaten pflegen sollen (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Liechtenstein.) Gerade ist die Delegation der Freundschaftsgruppe aus dem Oesterreichischen Parlament für einen Besuch in der Schweiz. Die Schweiz. Delegation wird von unserer BL-Nationalrätin S. Leutenegger-Oberholzer geleitet. Morgen wird die österreichisch- schweizerische Parlamentsdelegation die Rheinhäfen besuchen und somit auch für unsere Region werben.

Ergänzend hinzu kommt der Wille des Parlaments, die eigenen Beziehungen zur Europäischen Union zu stärken. Das hatte vor allem damit zu tun, dass das Europäische Parlament seit drei Jahren auch die bilateralen Verträge genehmigen muss. Es sind dies nicht mehr ausschliesslich der Europäische Rat und die Europäische Kommission. Das bedeutet, dass wir die Personen, die im Europäischen Parlament in Strassburg für diese Verträge zuständig sind, kennen müssen. Dass wir mit ihnen eine Beziehung aufbauen und dass wir das auf einer offiziellen Schiene tun müssen. Dieser Wille besteht übrigens genauso auf der Gegenseite. Erst vor wenigen Wochen hat EU-Ratspräsident Martin Schulz dies während seines Besuches bei uns im Bundeshaus unterstrichen. Martin Schulz, Ständeratspräsident Lombardi und ich waren uns einig, dass wir die bilateralen Gespräche und Verhandlungen gerade im Hinblick auf institutionelle Fragen von Beginn begleiten wollen. Am Ende werden wie gesagt sowohl das EU- wie auch das Schweizer Parlament den Verträgen zustimmen müssen. Deshalb möchten wir eine gemeinsame Begleitgruppe einsetzen und uns halbjährlich treffen.

Für uns Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind aber mit Sicherheit der Europarat sowie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die beiden wichtigsten europapolitischen Plattformen. Es heisst, im Europarat seien besonders die Staaten engagiert, die entweder in der EU nicht mitspielen wollten – oder nicht dürften. Tatsächlich haben wir hier die Möglichkeit, die europäische Politik mitzugestalten und uns gut zu vernetzen. Und wir verfügen in Strassburg einen beachtlichen Einfluss. Dies wurde mir von ausländischen Kolleginnen und Kollegen an der Feier zur 50-jährigen Mitgliedschaft der Schweiz mehrfach gesagt. Weil Menschenrechte und Demokratie zu den Schwerpunkten unseres Landes zählen, kann sich die Schweizer Delegation in Strassburg stark einbringen. Ich kann bestätigen, dass unsere 12 köpfige Europarat Delegation unter der Leitung von Frau Ständerätin Maury Pasquier für ihre engagierte und aktive Arbeit in Strassbourg von den Mitgliedstaaten sehr geschätzt wird.

Meine Damen und Herren

Ich möchte kurz auf die rechtliche/gesetzliche Aufgabenteilung zwischen Exekutive und Legislative in Aussenpolitik kommen: Die Bundesverfassung kennt in der Aussenpolitik keine starre Kompetenzaufteilung zwischen Parlament und Bundesrat. Bei der Landesregierung liegt die operative Kompetenz mit erheblicher Gestaltungsfreiheit, die Bundesversammlung ist eher auf der strategischen und gesetzgeberischen Ebene und in der Oberaufsicht tätig. Der Bundesrat muss die für die Aussenpolitik zuständigen Kommissionen und ihre Präsidien regelmässig, frühzeitig und umfassend über wichtige Geschäfte und Entwicklungen informieren. Zudem – und das ist bedeutend – hat der Bundesrat die Pflicht, die Aussenpolitischen Kommissionen zu konsultieren, bevor er das Verhandlungsmandat der Schweizer Delegation für wichtige internationale Verhandlungen festlegt oder abändert.

Das Parlament genehmigt die vom Bundesrat unterzeichneten völkerrechtlichen Verträge. Es kann einen Vertrag nur als Ganzen genehmigen oder ablehnen. Ein Ja des Parlaments ist die Voraussetzung, dass der Bundesrat den Vertrag ratifizieren kann – falls das fakultative oder obligatorische Referendum ergriffen wird oder gegeben ist, braucht es zusätzlich die Zustimmung des Volkes oder des Volkes und der Stände.

Eine aussenpolitische Rolle spielen auch die Ratspräsidien: Filippo Lombardi und ich treffen uns in diesem Jahr vier Mal mit Bundesratsmitgliedern, um uns über aktuelle Fragen und Entwicklungen zu informieren und auszutauschen. Zudem vertreten wir das Parlament an internationalen Veranstaltungen wie meine Teilnahme an der Eröffnung der Berufsweltmeisterschaft in Leibzig anfangs Juli, und wir pflegen die bilateralen Beziehungen zu anderen Parlamenten. Erst Anfang April war ich mit einer Delegation des Nationalrates, in der alle 7 Fraktionen vertreten waren, auf einem Arbeitsbesuch in Kosovo und in Albanien. In der Herbstsession werden wir den Präsidenten des Parlamentes von Griechenland, etwa später aus Südafrika im Bundeshaus empfangen.

Meine Damen und Herren

Trotzdem ist die Gestaltungsfreiheit des Parlaments in der Aussenpolitik ist beschränkt – das gilt übrigens für andere Länder ebenso. Unser politisches System, das wegen unseres vielseitigen Landes zu Recht auf Konsens und Kompromisse ausgelegt ist, passt eigentlich nicht zur Aussenpolitik, sie folgt nach anderen Regeln: Hier steht die direkte Demokratie des Konsenssuchens den aktuellen Forderungen von Wirtschaft oder anderen Ländern gegenüber. Es geht um harte Interessenpolitik und um schnelle Entscheide. Das passt schlecht zusammen, wie wir das gerade in den letzten 5 Jahren am Finanz- und Steuerdossier erleben können. Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt. Oft drängt die Zeit, weil ein „window of opportunity“ nicht lange offen steht. Am Ende liegt ein Resultat auf dem Tisch, an dem nichts verändert, aber dennoch in einem innenpolitischen Prozess genehmigt werden muss. Es ist – ich wiederhole mich – deshalb wichtig, dass das Parlament frühzeitig einbezogen wird.

Ganz direkt gestalten das Parlament hingegen die Innenpolitik, die auf die aussenpolitischen Entscheide folgt: Ein Stichwort sind die flankierenden Massnamen zum freien Personenverkehr mit der EU. Hier haben die Räte in den letzten Jahren mehrmals korrigierend eingegriffen, indem es neue Massnahmen initiierte und verabschiedete, die negativen Folgen verhindern oder dämpfen sollen. (u.a. das revidierte Raumplanungsgesetz, verschärfte Massnahmen gegen Lohndumping, Solidarhaftung von Erstunternehmen, Scheinselbständigkeit).

Meine Damen und Herren

Es würde den Rahmen sprengen, nun auch noch einen Blick in die Zukunft und in all die vielen offenen Dossiers in der Aussenpolitik zu werfen. Etwas steht aber fest: die Schweiz und damit die Poltik und damit die Bürgerinnen und Bürger müssen sich in Zukunft intensiver und häufiger mit Aussenpolitik beschäftigen. Denn dem globalisierten Markt folgt nun die globalisierte Politik, ob wir das wollen oder nicht. Meiner Meinung nach, braucht die globalisierte Wirtschaft soziale und ökologische Rahmenbedingungen, die nationalen Staaten können diese aber nur geben, wenn sie es gemeinsam tun. Diese Entscheide müssen aber demokratisch legitimiert sein, die Bürgerinnen und Bürger miteinbezogen werden. Das ist eine grosser Herausforderung, nicht nur für die Schweiz, gerade auch für die EU.

Hier sind alle gefordert. Wir in „Bern“, Sie in den Grenzregionen. Organisationen wie Regio Basilensis sind deshalb enorm wichtig. Sie arbeiten an der Basis, sie kennen die Probleme, sie haben Ideen und Lösungen. Ihre Inputs sind in Bern willkommen. Machen Sie bitte weiter so, mischen Sie sich weiter ein, verschaffen Sie sich Gehör. Ich bin stolz auf die Regio Basilensis, auf die ganze Oberrhein-Region und ihre Vorreiterrolle! Ich gratuliere und danke Ihnen nochmals ganz herzlich für Ihre wichtige Arbeit.